



EUROPA UNION
DEUTSCHLAND

KREISVERBAND STEINFURT



Europa gemeinsam gestalten!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Europa-Union,

"Es ist nicht schwer, Menschen zu finden, die mit 60 zehnmal so reich sind, wie sie mit 20 waren. Aber nicht einer von ihnen behauptet, er sei zehnmal so glücklich." (George Bernhard Shaw, Journalist und Schriftsteller)

vor kurzem hat die europäische Statistikbehörde Eurostat die aktuellen Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung im Euro-Raum vorgelegt. Demnach hat das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der 17 Euroländer im 2. Quartal nur um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem 1. Jahresviertel zugelegt. (Zuvor betrug das Wachstum noch 0,8 Prozent).

In Ländern wie Frankreich, Portugal und Ungarn stagnierte die Wirtschaft im 2. Quartal sogar völlig und Deutschland schrammte mit 0,1 Prozent nur knapp am Null-Wachstum vorbei.



Ja, die Wirtschaft. Immer muss sie wachsen, wachsen, wachsen. Wie anstrengend!

Nehmen wir uns doch ein Beispiel an Bhutan. Das im Himalaya gelegene, 650.000 Einwohner zählende Königreich verfolgt eine Wirtschaftspolitik, die auf dem verfassungsrechtlich verankerten Prinzip des sogenannten „Bruttonationalglücks“ (BNG, engl. „Gross National Happiness“) gründet.

Während unsere Wirtschaftspolitik fast ausschließlich auf die „Wertzunahme aller Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft erwirtschaftet werden“ abzielt und das BIP als Hauptindikator für den Lebensstandard und Wohlstand der Bevölkerung gilt, ist in dem

buddhistisch geprägten Bhutan die Lebensqualität, bzw. das „Lebensglück“ oberstes Entwicklungsziel. Und bei der Messung dieses Glückes werden eben nicht nur mathematisch/monetäre, sondern vor allem kulturelle, spirituelle, emotionale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt (persönliches Wohlbefinden, Zufriedenheit mit der Regierung, Umweltschutz etc.).

Zuständig dafür ist in Bhutan der Staat, genauer gesagt die „Kommission für das Bruttonationalglück“. Sie prüft auch, ob Wirtschaftsprojekte mit den Prinzipien des Bruttonationalglücks vereinbar sind.

Und was soll man sagen: Auch im europäischen Raum ist man „auf der Suche nach der Vermessung des Glückes“. So beauftragte Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy im Jahr 2008 eine Kommission damit, die Beschränkungen des BIPs als Indikator für die Wirtschaftslage und den sozialen Fortschritt zu untersuchen, und in Deutschland sucht eine Kommission des Bundestages seit Beginn 2011 nach einer möglichen neuen Messzahl für Wohlstand und Fortschritt, die jenseits der Wachstumsfixierung des Bruttoinlandsproduktes liegt.

Wem das alles zu langsam geht: Auf nach Bhutan!



Gute Unterhaltung bei dieser Ausgabe des Info-Briefes!

EU-Skeptik

„Heatballs“ oder: Das kurze Comeback der Glühbirne



Als die Europäische Union im September 2009 schrittweise damit begann, herkömmliche Glühbirnen aus dem Verkehr zu ziehen, rief dies bei der Mehrheit der Verbraucher Ablehnung hervor. Während die einen das von der EU durch die Anwendung von

Energiesparlampen propagierte Einsparpotential von 80% anzweifelten und andere auf die Nachteile der neuen Leuchtmittel hinwiesen (den hohen Quecksilberanteil, die Leuchtverzögerung, das „kalte“ Licht), gab es eine dritte Gruppe, die sich aus rein ästhetischen oder nostalgischen

HEATBALL

Gründen nicht von der liebgewonnenen Glühbirne trennen wollte.

Was aber konnte man schon gegen die EU-Verordnung 244/2009, die den langsamen „Tod“ der Glühbirne einläutete, ausrichten?

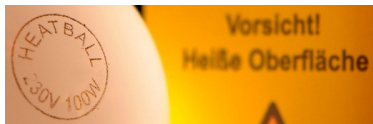
Das fragte sich auch der Essener Maschinenbauingenieur Siegfried Rothhäuser – und hatte eine Idee:

Wenn bemängelt werde, dass die Glühlampe 95% ihrer Energie als Wärme abstrahlt, dann solle sie das doch auch in Zukunft tun – aber nicht als Glühbirne, sondern als Mini-Heizung. Es müssten eben nur ein paar „geringfügige“ Änderungen vorgenommen werden.

Gesagt – getan: Zuerst ließen Rothhäuser und sein Schwager die Glühbirne kurzerhand in „Kleinheizelement“ umdeklarieren, um nicht schon zu Beginn mit der EU-Verordnung in Konflikt zu geraten.

Dann orderten sie in China 4.000 herkömmliche Glühbirnen, ließen diese jedoch mit dem Aufdruck „Heatballs“ und „nicht zur Beleuchtung“ versehen, um Verwechslungen vorzubeugen.

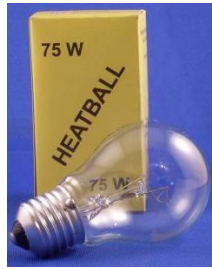
Als das erledigt war, konnte im April 2010 der Verkauf der ersten der „Hitzebälle“ über das Internet beginnen. Auch hier wurde noch einmal klargestellt: „Die Leuchtwirkung [des Heatballs] während des Heizvorgangs ist produktionstechnisch bedingt. Sie ist völlig unbedenklich und stellt keinen Reklamationsgrund dar.“



Machte schon diese Umschreibung stutzig, zeigte ein Blick auf die Startseite der Unternehmens-Homepage, dass die Initiatoren ihr Projekt weniger als Geschäft denn als Satire- und Protestaktion gegen die Brüsseler Politik verstanden und verstehen.

So steht an anderer Stelle auch: „Heatball ist Aktionskunst! Heatball ist Widerstand gegen Verordnungen, die jenseits aller demokratischen und parlamentarischen Abläufe in Kraft treten und Bürger entmündigen.“

Ob das allein den Verkauf der Leuchtkörper ankurbelte, bleibt offen. Jedenfalls waren – nachdem die Medien Wind von der Sache bekommen und darüber berichtet hatten – die ersten 4.000 Glühbirnen im Nu verkauft (zu einem Preis von 1,69 Euro pro Stück, wovon 30 Cent für Projekte zum Schutz des Regenwaldes gespendet wurden), und die Essener orderten weitere 40.000 Stück bei ihrem chinesischen Lieferanten.



Jedoch hatten sie die Rechnung ohne die Bezirksregierung Köln gemacht. Im November 2010 ließ diese durch den Zoll kurzerhand die gesamte Lieferung festsetzen und verbot mittels einer Ordnungsverfügung den weiteren Verkauf der „Kleinheizgeräte“.

Dagegen klagten die Initiatoren – ohne Erfolg: Anfang Juli 2011 bestätigte das Verwaltungsgericht Aachen per Eilbeschluss die Entscheidung der Bezirksregierung und verwies im Zusammenhang mit den Heatballs auf deren „objektive Zweckbestimmung aus Verbrauchersicht“: Danach dienen „Heatballs“ wie herkömmliche Glühlampen der Beleuchtung – und nicht dem Heizen von Räumen.



Auch wenn es so aussieht, dass Rothhäuser & Co. im Falle einer Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht NRW unterliegen werden – ihre Fangemeinde im Internet ist groß und auch von anderer Seite wird das Thema demnächst kritisch aufgearbeitet: Im September 2011 startet in den österreichischen Kinos der Dokumentarfilm „bulb-fiction“. Der Film will, laut Regisseur Christoph Mayr, das Verbot der Glühlampe zum Anlass nehmen, um „Macht und Machenschaften der Industrie, sowie den Widerstand gegen die Richtlinie zur Regulierung von Lichtprodukten in privaten Haushalten“ und „die Macht der Industrie und ihrer Lobbys“ zu portraituren.

Verbraucher

Neuwagenkauf in der EU: sinkende Preisunterschiede / „Schnäppchen“ möglich

Auch wenn sich im Zuge des offeneren Wettbewerbs die Preise für Neuwagen in den EU-Ländern einander angenähert haben, können Autokäufer noch so manches Schnäppchen machen.

Das zeigt der letzte Automobilpreisbericht der Europäischen Kommission, den Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia im Juli vorstellte. Demnach hätten sich zwar war die Listenpreise für Neuwagen innerhalb der EU einander angenähert, allerdings gebe es bei bestimmten Modellen durchaus noch Preisspannen, die die Anschaf-



fung eines Neuwagens im EU-Ausland lohnten.



Wettbewerbskommissar
Almunia

So kostete ein VW Passat in Deutschland netto 28,1 Prozent mehr als in Griechenland. Genauso hoch war der Preisunterschied bei einem VW Polo zwischen Deutschland und Slowenien. Ein Ford Focus kostete in Deutschland 27,9 Prozent mehr als in Finnland.

Aber auch Reimport-Käufe können sich lohnen – besonders für Deutschland, wo Autos weiterhin im Schnitt am teuersten verkauft werden.

► Hintergrund

Jedes Jahr vergleicht die Europäische Kommission die Preise zahlreicher Automodelle. Für den Kunden ist dabei der Vergleich der Netto-Preise ohne Umsatzsteuer und Zulassungsgebühren entscheidend, da er beide später in seinem Heimatland entrichten muss. Der vollständige Automobilpreisbericht befindet sich auf:

http://ec.europa.eu/competition/sectors/motor_vehicles/prices/report.html

EU-Arbeitsmarkt

Jugendarbeitslosigkeit – 5 Millionen Jugendliche in der EU ohne Job

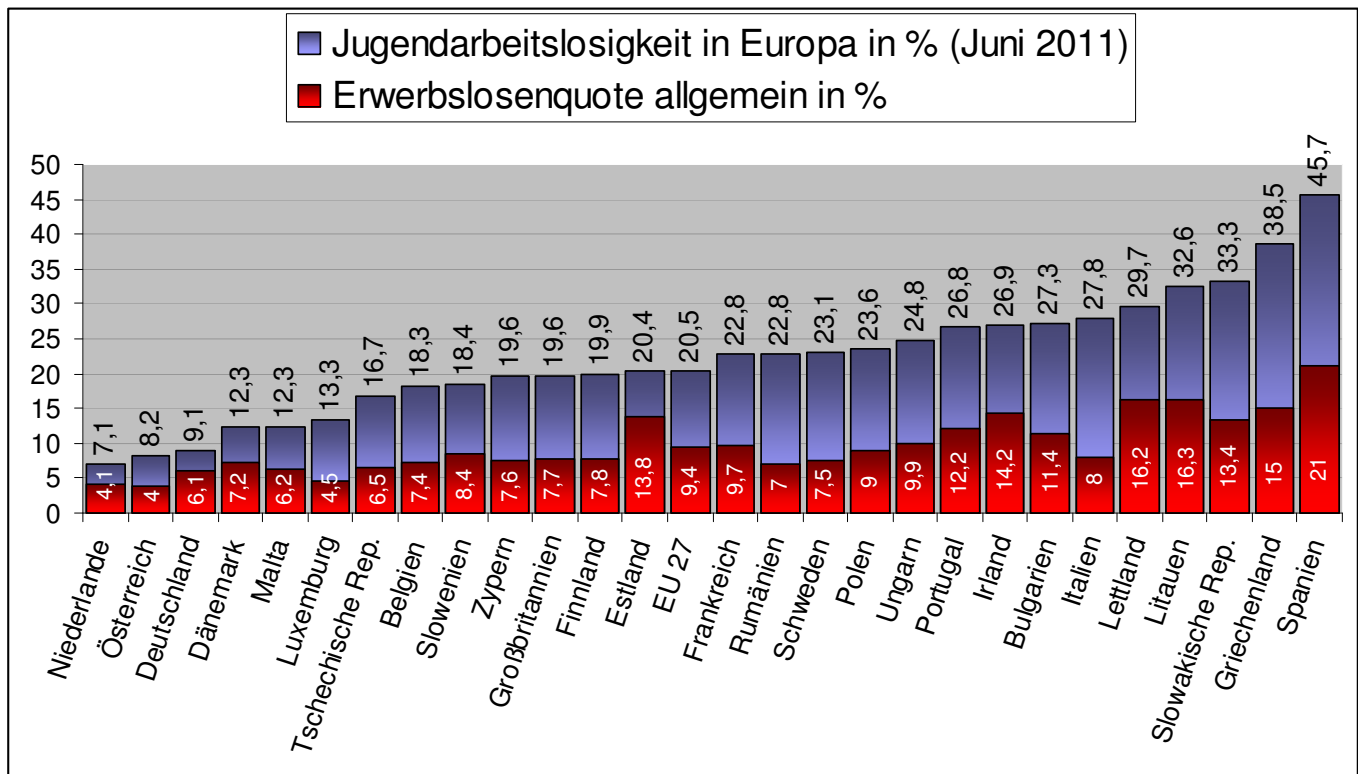
Wie heißt es doch so schön: „Die Jugend ist unsere Zukunft“.

Diese Aussage aus dem Mund eines Politikers würde derzeit von vielen jedoch als zynisch aufgenommen. Ein Blick auf die EU-Beschäftigungsstatistiken erklärt, warum: Selten war die Arbeitslosigkeit unter Europas Jugend so hoch wie jetzt.

So lag die durchschnittliche Erwerbslosenquote bei den 27 EU-Ländern im Juni bei 20,5 % (2008 waren es noch 15,1%). Das bedeutet in absoluten Zahlen: Etwa 5 Millionen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren sind derzeit ohne Job!

Trauriger „Spitzenreiter“ hierbei ist Spanien. Das Land hatte im Juni 2011 eine Arbeitslosenquote von 45,7% zu verzeichnen. Im Vergleich zu 2008, als die Quote noch 22,5 % betrug, also mehr als eine Verdoppelung! Damit ist fast jeder zweite spanische Jugendliche arbeitslos.

Aber auch in Griechenland (38,5%), der Slowakei (33,3%) oder Litauen (32,6%) sieht die Lage nicht besonders rosig aus.



Datenbasis: Eurostat

Da muten die Zahlen für die Niederlande fast paradiesisch an. Hier sind „nur“ 7,1% der Jugendlichen erwerbslos. Damit liegt das Land im Ranking ganz oben, gefolgt von Österreich mit 8,2% und Deutschland (9,1%).

Doch auch hier darf man sich nicht täuschen lassen: Auch die Niederlande haben sich seit 2008, als der Wert noch bei 6.5% lag, verschlechtert.

Nur Luxemburg und Deutschland bilden unter den 27 EU-Ländern eine Ausnahme: Hier liegt die Arbeitslosenquote sogar noch unter dem Niveau vor der Wirtschaftskrise. In absoluten Zahlen gesehen gibt es aber auch in Deutschland derzeit 430.000 junge Arbeitslose.

Ein weiteres Problem ist: Junge Menschen sind nicht nur deutlich häufiger mit Erwerbslosigkeit konfrontiert als die Gesamtbevölkerung, sondern finden sich – wenn sie denn eine Stelle gefunden haben – häufig in „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen wieder, d.h., sie müssen sich oft mit befristeten Verträgen, Teilzeitarbeit bis zu 20 Stunden, geringfügiger Beschäftigung oder Leiharbeit zufrieden geben.

Termine des Kreisverbandes Steinfurt und auf Landesebene NRW der Europa-Union



Kreisverband Steinfurt:

- **15. November 2011 (geplant):** Veranstaltung im Kreishaus Steinfurt zum Thema: „*Chancengerechtigkeit in Führungspositionen – Brauchen wir eine Quote?*“
Teilnehmen werden u. a.:
 - Landrat Thomas Kubendorff
 - Dr. Angelika Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW und Mitglied der Europa-Union KV Steinfurt
 - Prof. Dr. Ute von Lojewski, Präsidentin der FH Münster
 - Dr. Stefan Koppelberg, Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission Bonn
- **1. Dezember 2011:** Kaminabend im Kötterhaus in Steinfurt, Beginn: 18.00 Uhr. (Thema noch offen)

Landesebene NRW (Auswahl):

- **12. September 2011:** Tagung / Podiumsdiskussion im Haus der Geschichte des Ruhrgebietes, Clemensstr. 17-19, Bochum zum Thema: „*Bricht Europa auseinander?*“
Beginn: 18.00 Uhr

Bis zum nächsten Infobrief!



Ihr Kreisverband Steinfurt der Europa-Union

Europa-Union Deutschland
Kreisverband Steinfurt
Tecklenburger Str. 10
48565 Steinfurt

Vorsitzender: Rolf Cyprian, Wettringen
Geschäftsführer: Helmut Heuing, Horstmar
helmut.heuing@kreis-steinfurt.de
heike.wildemann@kreis-steinfurt.de
Verantwortlicher für Infobrief: Guido Mieske

Bankverbindung:
Europa-Union, KV Steinfurt
Kreissparkasse Steinfurt
BLZ: 403510 060
Kto.-Nr.: 544270